

SASEL

04.11.18

Baut Hamburg Wohnungen auf Gelände von KZ-Außenstelle?

Jens Meyer-Wellmann



Zum KZ Neuengamme (im Foto) gehörte auch das Arbeitsaußenlager Sasel

Foto: Angelika Warmuth / dpa/ picture alliance

Eine Initiative fordert die Einrichtung einer Gedenkstätte in Sasel – und einen Verzicht auf den Bau von Flüchtlingsunterkünften.

Hamburg. Die Initiative „Gedenkstätte KZ Hohensasel“ wehrt sich gegen die geplante Bebauung eines Geländes in Sasel. „Trotz Protesten und Eingebungen und ungeachtet schwerer historischer Altlasten aus der NS-Zeit“ habe die Stadt einen positiven Bauvorbescheid für ein Gelände erlassen, das „während der Nazi-Zeit zunächst Flakhelfer-Unterkunft, danach Kriegsgefangenenlager“ und „seit 1944 Arbeitsaußenlager Sasel des KZ Neuengamme für jüdische Frauen“ gewesen sei, so die Initiative.

Nun sollten „auf diesem Grünstreifen Häuser als Wohnunterkünfte für Flüchtlinge“ gebaut werden. Die Initiative wünsche sich stattdessen „eine Stätte des Gedenkens, um die historische Bedeutung im Rahmen einer drohenden Vergessenskultur zu betonen“.

"1500 weibliche Häftlinge gefoltert"

SPD-Bürgermeister Peter Tschentscher habe am kürzlich gesagt, dass „Orte des Grauens des Nazi-Regimes schützenswerte Areale“ seien, so die Initiative. Auf dieser Basis werde man nun bei der Stadt Hamburg einen Antrag auf Bereitstellung des öffentlichen Grunds zur Erstellung einer Gedenkstätte beantragen.

Zwischen September 1944 und Kriegsende hätten Hunderte Frauen in dem Lager unter unmenschlichen Bedingungen gelebt und gearbeitet. Einige seien zu Tode gekommen. Es sei mittlerweile belegt, „dass im Laufe der Zeit in dem Lager etwa 1500 weibliche Häftlinge gefoltert wurden, darunter Jüdinnen, Sinti und Roma.“ Zum Kriegsende sei das Lager zerstört worden, um Hinweise auf die Qualen der dortigen Insassen zu verschleiern.

Infos der Initiative gibt es auf der Homepage initiative-gedenkstaette-kz-hohensasel.com.